

Zur Rekonstruktion der Sozialen Marktwirtschaft

I. Ein Wirtschaftssystem, das „Sinn macht“

Zu den Jahreszahlen, die auf 8 enden und sich heuer zu Jubiläen runden, gehört neben dem 50. Geburtstag von Madonna auch der 60. Geburtstag der Sozialen Marktwirtschaft. Sie wurde als bewusstes Gegenmodell zum gescheiterten Laissez-Faire-Kapitalismus und den Planwirtschaften linker und rechter Provenienz konzipiert. Ihre gedanklichen Wurzeln lagen „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Wilhelm Röpke) in einem an Wert-Schöpfung im weitesten Sinn interessierten Ansatz.

Angeblich ist damit in der Globalisierung kein Staat mehr zu machen, weil die einen nur mehr auf eine Marktwirtschaft ohne Vorzeichen setzen und die anderen, mangels innersystemischer Antworten auf Wertefragen, von Systemalternativen jenseits der Marktwirtschaft träumen.

Ich will Ihnen in der knappen verfügbaren Zeit semantische Spitzfindigkeiten ersparen und verzichte daher konsequenterweise – mit der einzigen soeben stattfindenden Ausnahme – auf die Nennung des Begriffes „Neoliberalismus“ und alle damit zusammenhängenden Irrungen und Wirrungen. (Vielleicht erzähle ich Ihnen in der anschließenden Podiumsdiskussion davon, dass dieser heute so gegenteilig besetzte Terminus in den Fünfzigerjahren für den erneuerten Wirtschaftsliberalismus der Sozialen Marktwirtschaft stand)

Es geht mir viel mehr um die Frage, ob und wie wir es heute schaffen können, eine nunmehr globale Marktwirtschaft – in welchem Begriffsrahmen auch immer – so zu konzipieren, dass sie ebenso zustimmungsfähig ist, wie es die Soziale Marktwirtschaft bis zur Mitte der Neunzigerjahre war.

Um dauerhaft erfolgreich zu sein, muss ein Wirtschaftssystem neben der materiellen Wertschöpfung nämlich auch „Sinn machen“ und als gesamtgesellschaftlich wertvoll erlebbar sein. Fehlt dieses Element, geht der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren. Dann liegen die Grenzen des Wachstums nicht mehr nur in der Limitierung der materiellen Ressourcen, sondern in den Grenzen des Vertrauens in ein allzu einseitig auf Kapitalinteressen fixiertes Bild von Marktwirtschaft.

II. Die vernachlässigte Ordnungspolitik

Schon viel zu lange leisten wir uns eine fatale Vernachlässigung der Ordnungspolitik. Gemeint ist das Bemühen, ein marktwirtschaftliches System mit einem Maximum an freier Entfaltung seiner Bürger so in politisch klug gestaltete Rahmenbedingungen einzubinden, dass der gesamtgesellschaftliche Nutzen unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit so groß wie möglich ausfällt.

Vielleicht haben wir so lange auf dieses Bemühen verzichtet, weil die Ernte der früheren ordnungspolitischen Weichenstellungen noch durchaus reichlich ausfiel. Als dann nach dem Fall des Eisernen Vorhanges fast die Hälfte der Weltbevölkerung erstmals in marktwirtschaftliche Systeme aufbrach, gesellte sich die Illusion dazu, wir befänden uns nicht nur am „Ende der Geschichte“ (– bezüglich dieser These Francis Fukuyamas wurden wir seit

dem September 2001 längst eines Schlechteren belehrt –) sondern gleich auch am Ende des Wettbewerbs zwischen konkurrierenden wirtschaftspolitischen Systemen.

Die Marktlogik wurde zum alles erklärenden Ansatz des Wirtschaftsgeschehens, später, etwa seit Ende der Neunzigerjahre, die Logik der Kapitalmärkte. Die verhängnisvolle Tautologie, dass der Markt immer Recht hat, weil sich zu jedem Augenblick die jeweiligen Marktwerte in den annahmegemäß stets richtigen Marktpreisen widerspiegeln, wurde zum bestechend simplen Welt-Erklärungsmodell.

Ist man bereit, konsequent die Zukunft, die Erwartungen in sie und unsere Verantwortung bei ihrer Mitgestaltung auszublenden, dann dürfen wir unser Schicksal dieser einer mechanistischen Blackbox gleichenden Weltsicht anvertrauen. Sind wir jedoch Anhänger einer offenen Gesellschaft, in der es einen Gestaltungsauftrag wahrzunehmen gilt, muss uns dieser ständig auf der Stelle tretende Ansatz entweder gefährlich deterministisch erscheinen – oder einfach langweilen.

III. Die Finanzmarktkrise als Folge ordnungspolitischer Versäumnisse

Am lautesten tönte die Finanzwirtschaft, wenn es darum ging, diese marktorthodoxe Sichtweise durchzusetzen. Hatte sich schon zuvor Wirtschaftspolitik immer mehr zur reinen „Standortpolitik“ verengt, wurde sie nun endgültig zu einer Subdisziplin der Kapitalmarktpolitik und damit dem Anschein nach vollkommen apolitisch und werte-frei.

Ich spitze das begrifflich so zu, weil wir heute an den Folgen dieser ideologischen Engführung leiden. Nur weil der Blick auf das Ganze verloren gegangen ist, konnten die tektonischen Spannungen zwischen den bankorientierten Finanzierungskulturen Kontinentaleuropas und dem kapitalmarktorientierten angloamerikanischen Raum verdrängt werden, die sich heute in der massivsten Finanzmarktkrise seit den Dreißigerjahren entladen.

Es handelt sich dabei um keine „bloße“ Spekulationskrise, sondern um eine Krise der Spielregeln und falsch gesetzten Anreizsysteme. Diese müssen korrigiert und erneuert werden – von den Bilanzierungsregeln über die Rolle der Rating-Agenturen bis zu den Transparenzregeln auf den ausserbanklichen Finanzmärkten. Dass wir zu dieser Erneuerung auch den Staat und die Regulatoren brauchen, haben mittlerweile auch die wortmächtigsten Vertreter der Finanzindustrie erkannt.

Die ordnungspolitische Erneuerung kann sich aber nicht nur auf die finanzwirtschaftliche Seite beschränken, sie ist auch im realwirtschaftlichen Bereich überfällig. Bei näherem Hinsehen merken wir, dass die Globalisierung im Bann der behaupteten Selbstregulierung der Märkte bis heute noch nicht in ein sinnvolles, übergeordnetes Zielsystem eingebunden ist.

IV. Neue Spielregeln in der Globalisierung

Thomas Friedman („The world is flat“) spricht davon, dass wir wettbewerbspolitisch längst ein einziges Spielfeld bespielen. Aber es ist ein Spielfeld, auf dem der Wettbewerb nach gänzlich uneinheitlichen Regeln ausgetragen wird. Demokratiepoltisch, sozial und ökologisch herrschen zwischen den Marktteilnehmern Unterschiede wie zwischen Freistilringern und Mitgliedern des Staatsopernballetts.

Längst geht es ja nicht mehr nur um einen Wettbewerb der Wirtschaftsstile zwischen dem angloamerikanisch-marktpuristischen Weg und dem kontinentaleuropäischen, von wohlfahrtsstaatlichen Traditionen geprägten Weg. Es ist ein Drittes dazugekommen: Modelle

von Markt ohne Demokratie, vom Weg Singapurs über den aufgeklärten Absolutismus Chinas bis zu den feudal-marktwirtschaftlichen Systemen des mittleren Ostens und den oligarchischen Regimen der rohstoffreichen Länder, alles Spielarten eines gewissermaßen autoritären Kapitalismus.

Die drei G's der Globalisierung – Grenzenlosigkeit, Geschwindigkeit und Gleichzeitigkeit – bringen uns längst in unauflösliche Vernetzungen und arbeitsteilige Abhängigkeiten zwischen den traditionellen und den neuen wirtschaftlichen Kraftzonen der Welt. Aber die Erfolge dieser Arbeitsteilung kommen trotz steigenden Massenwohlstands in vielen der neuen Marktwirtschaften noch viel zu wenigen Menschen zugute.

Wenn wir vermeiden wollen, dass die Finanzmarktkrise und das Fehlen eines schlüssigen Konzeptes für eine globale Wirtschaftsordnung zu einer schleichenden Legitimationskrise der Marktwirtschaft und einem Rückfall in protektionistische Reflexe führen, müssen wir deshalb die ordnungspolitische Erneuerung ernst nehmen.

V. Eine Agenda des Wandels

Politisch-ökonomische Großanstrengungen in diese Richtung – etwa im Sinne des von Franz Fischler auf europäischer Ebene vertretenen Global Marshall Plans – bleiben bisher die Ausnahme. Die Instrumente der WTO, deren letzte Liberalisierungsrunde bedauerlicherweise gescheitert ist, greifen zu kurz. Die internationalen Großgremien – der letzte G8-Gipfel hat es deutlich gezeigt – spiegeln die neuen Kräfteverhältnisse der wirtschaftlich dynamischsten Zonen nicht mehr wider. Europa hat in sich zu viele innere ordnungspolitische Trennlinien, um mit einem einigermaßen geschlossenen Ansatz eines „europäischen Modells“ aufzutreten. Und fast jede ansatzweise ernsthafte innerösterreichische Diskussion verheddert sich im Parteienstreit. Kurz um, es herrscht ein Zustand betulicher Ratlosigkeit, der noch treffender mit einer Wortprägung von Paul Virilio beschrieben wird: „Rasender Stillstand“.

Natürlich gibt es kein Zurück zu vermeintlichen alten Sicherheiten. Aber es gibt ein berechtigtes Bedürfnis der Bürger nach Sicherheit im Sinne von weltanschaulicher Standfestigkeit bei der politischen Begleitung des Wandels und der überfälligen systemischen Neuorientierung. Dem ehrlichen Eingeständnis begrenzter nationalstaatlicher Lösungskompetenz muss deshalb eine umso intensivere Mitwirkung an der Formung der europäischen Haltungen sowie der Agenda der supranationalen Gremien gegenüberstehen. Schaffen wir diese Balance nicht, kommt es zu weiteren Vertrauensverlusten in die Politik aller Entscheidungsebenen und einer Stärkung jener Kräfte, die von links und rechts simplifizierte Lösungsschablonen von gestern anbieten.

VI. Die Verantwortung der Unternehmen

Bei diesen Anstrengungen dürfen die Wirtschaftseliten die Politik nicht allein lassen. Es gehört sogar zu den vorrangigen wirtschaftsethischen Verpflichtungen der Unternehmen und ihrer Führungskräfte, an der Erneuerung der Spielregeln verantworteten Wirtschaftens mitzuwirken – weit über die bloße Wahrung von Lobby-Interessen hinaus.

Konkret ein Beispiel, wie es nicht sein soll: Als 2006 die chinesischen Behörden über den Druck von NGO's aber wohl auch aus eigener Vernunft bereit waren, die Arbeitsbedingungen chinesischer Arbeiter/innen bestimmten Mindeststandards im Hinblick auf Arbeitszeit und Mindestlöhne zu unterwerfen, war es die Lobby der amerikanischen und europäischen Investoren, die sich dagegen wehrten und damit drohten, zu anderen Standorten weiterzuziehen. Eine derartige Mitwirkung am Demokratie-, Sozial- und Ökologie-

Dumping ist nicht nur verantwortungslos – sie unterminiert auch das Marktsystem als Ganzes.

Längst kommt hier den global agierenden Unternehmen die Verantwortung einer fünften Gewalt zu, eines gewichtigen Mitgestalters von „Good Governance“. Gut geführte Unternehmen achten überdies auf eine „triple bottom line“: unternehmerisches Handeln, das sich nicht nur unter dem Strich rechnet, sondern auch vor der Gesellschaft und der Umwelt bestehen kann. Johannes Schasching, der große Denker der Christlichen Soziallehre, umschrieb dieses Zielbündel bestechend einfach mit „Sachgerecht, menschengerecht und umweltgerecht“.

Diese Wertetriade bildet auch das Fundament der Rekonstruktion der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn wir uns um ihre Erneuerung auf allen Ebenen ernsthaft bemühen, dann beantwortet sich die Frage, wo in diesem System der Mensch bleibt, ganz von selbst.